

Ortstermin zur geplanten EAE in dem Areal der ehemaligen OFD

Die IGNNV hatte Vertreter der Kölner Politik und Verwaltung zu diesem Ortstermin zu der geplanten Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (EAE) auf dem Gelände der ehemaligen Oberfinanzdirektion (OFD) eingeladen, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich vor Ort ein eigenes Bild von der Problemsituation zu machen.



Die Teilnahme (etwa 220 Personen) hat unterstrichen, dass viele Menschen im Viertel mit Sorgen auf die Auswirkungen dieser Maßnahme auf die Nachbarschaft und auf die Entwicklung unseres Viertels blicken.

Alle Kölner Landtagsabgeordneten waren eingeladen. Leider haben alle abgesagt. Wir wissen nicht, ob sie sich mit diesem Problem, das ihre Wähler beschäftigt, oder auch mit unserer Petition dazu im Landtag befasst haben, die inzwischen leider abschlägig beschieden wurde.

Der Rat der Stadt Köln ist eigentlich nicht aktiv an den Entscheidungen zur Inbetriebnahme der EAE beteiligt. Der Sozialdezernent der Stadt Köln hat der Einrichtung der EAE zumindest zugestimmt – die 500 Flüchtlingsplätze werden auf das von der Stadt Köln zu übernehmende Flüchtlingskontingent angerechnet.

Aber es geht nicht nur um die Unterbringung der geflüchteten Menschen, es geht auch um das Leben der Bürger im Viertel. Daher wäre es auch für den Rat und die Verwaltung der Stadt Köln angemessen, sich mit dem Problem zu befassen.

Wir haben alle Kölner Fraktionen (ohne AFD) angeschrieben und uns gefreut, dass Bernd Petelkau (CDU), Ralph Sterck (FDP), Reinhold Goss (Grüne) und auch der Bezirksbürgermeister Innenstadt, Andreas Hupke, gekommen sind.

Auch die vor Ort für die EAE verantwortliche Bezirksregierung Köln war eingeladen, hat aber nicht reagiert. Sie hat es wohl nicht für nötig befunden, da nach ihrer Auffassung bei Entscheidung und Planung der EAE, wie in der Zeitung zu lesen war, alle Belange der Anwohner berücksichtigt worden waren – allerdings ohne die Anwohner befragt zu haben. Der Ortstermin wäre daher dafür nützlich gewesen.

Der Vorsitzende der IGNNV, Kurt Metelmann, eröffnete den Ortstermin, dankte den Teilnehmern für ihr Interesse und ihr Kommen, erläuterte den geplanten Ablauf des Treffens mit unterschiedlichen Themen an verschiedenen Plätzen um die OFD und konstatierte zusammenfassend, dass die notwendige Herrichtung der alten, hoch sanierungsbedürftigen OFD-Gebäude für die EAE-Nutzung und der geplante Leerstand des Hochhauses nicht den Forderungen an die Ensemble- und Denkmalpflege entsprechen



und dass durch einen langjährigen Betrieb einer EAE an diesem Ort Charakter, Wohnqualität und Attraktivität des Viertels nachhaltig beeinträchtigt würden.

Dann ging der stellv. Vorsitzende der IGNNV, Florian Weber, auf die fragwürdige Unterbringung von 500 Menschen in einem Gebäudekomplex ohne ausreichende Freiflächen ein. Er verwies auf die hohen Kosten der EAE, die pro qm so hoch sein würden wie in einer Luxusimmobilie. Er stellte



die Frage, ob eine so große EAE überhaupt noch benötigt würde, da die derzeitigen EAEs in NRW zurzeit zu weniger als 50 % ausgelastet seien. Eine flexible Container-Lösung wäre daher wohl geeigneter. Auch seien die Fragen zum Umfeldmanagements im Zusammenhang mit dem Hotspot Ebertplatz in der Nachbarschaft nicht geklärt.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Bernd Petelkau, unterstützte die Sicht der IGNNV, dass die Kosten für Einrichtung und Betrieb einer EAE in dem OFD-Komplex zu hoch seien sei und dass die Gebäude besser einer zweckmäßigeren Nutzung zugeführt werden sollten.



Er wurde in dieser Auffassung auch von dem Vorsitzenden der FDP in Köln, Ralf Sterck, unterstützt..



Der Bezirksbürgermeister Innenstadt, Andreas Hupke, äußerte sein Verständnis für die Probleme der Anwohner und war mehr um einen Ausgleich zwischen den Beteiligten bemüht. Er forderte, dass es für weitere Beschlüsse mehr Beteiligung der Anwohner und eine gesteigerte Transparenz geben müsse.

Dann ging es mit allen Teilnehmern zum Platz vor der Katholischen Hochschule.

Hier ging unser Mitglied, Ralf Pasmann, ein auf Probleme und Fragen zur äußeren Sicherheit in dem Straßenraum um die EAE, der aufgrund des begrenzten Freiraums in dem OFD-Gebäudekomplex sicherlich intensiv von den Flüchtlingen genutzt würde, und auf



die Ängste von Frauen und Kindern, diesen Raum dann zu nutzen wie derzeit am Ebertplatz. Offen sind auch noch Fragen zur äußeren Absicherung des Gebäudekomplexes. Soll der derzeitige Bauzaun durch einen Sicherheitszaun ersetzt werden? Sollen die Anwohner im Viertel in den nächsten 10 Jahren neben einem Sicherheitstrakt, mit Lagercharakter, in ihrer Nachbarschaft leben?

Dann ging es weiter mit allen Teilnehmern zum Riehler Platz.

Hier ging unser Mitglied und Betreiber von Gruber's Restaurants ein auf Fragen zur Lösung der Transporte der Flüchtlinge, der Versorgung und Entsorgung der EAE und welche Folgen sich daraus für das Wohnumfeld ergeben.



Der Vorsitzende der IGNNV wies abschließend noch einmal auf die Langfristigkeit des Vorhabens hin: Die EAE soll 10 Jahre lang, d. h. bis Ende 2035 betrieben werden. Was wird das für das Leben im Viertel bedeuten?

Wie werden sich unsere neuen Nachbarn (ca. 800 Personen) fühlen, die in den nächsten 2 Jahren das Neubaugebiet Viva Agrippina in direkter Nachbarschaft der EAE beziehen? Wie soll einem Steuerzahler erklärt werden, dass ein 13-stöckiges Hochhaus mehr als 10 Jahre leer stehen soll?

Es gibt viele weitere Fragen. - Kurt Metelmann dankte den Politikern, Referenten und Teilnehmern für ihr Kommen und schloss das Treffen. Die IGNNV wird am Ball bleiben und zu weiteren Ortsterminen und Gesprächen einladen.

Impressum:

Herausgeber IG Neustadt-Nord/Villen-Viertel e.V.,
Dr. Kurt Metelmann,, Vorsitzender, Worringer Str. 21, 50668 Köln
© 2024 All rights reserved